

## Der Weg zum Freihandel

### Agrarreformen in der Schweiz

1992 – 1998: Mehr Ökologie

Für die Pflege der Kulturlandschaft werden die BäuerInnen mit produkteunabhängigen Direktzahlungen entschädigt.

1995: GATT/WTO-Abkommen

Preisstützungen, Exportsubventionen und Einfuhrschutz für bestimmte Produkte müssen reduziert werden.

1999 – 2002: Mehr Markt

Staatliche Preis- und Abnahmegarantien werden aufgehoben, Marktstützungen abgebaut.

2003 – 2007: Mehr Wettbewerb

Der Nahrungsmittelsektor wird schrittweise liberalisiert.

2008 – 2011: Weniger Marktstützung

Der Agrarmarkt wird weitgehend geöffnet.

### Internationalisierung des Agrarsektors

1947 – 1994: GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)

Das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen wird 1947 zur Regulierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gegründet.

Die Schweiz tritt 1966 bei. In der Uruguay-Runde von 1986-1994 wird das Abkommen auf die Landwirtschaft ausgeweitet.

Seit 1995: WTO (World Trade Organization)

Die WTO ist die Nachfolgeorganisation des GATT. Ziel der WTO ist es, Handelshemmnisse wie Zollabgaben abzubauen und international den freien Handel einzuführen.

Folge für die GemüseproduzentInnen:

Reduktion der Einnahmen um 25 bis 50%.

### Mögliches EU-Freihandelsabkommen

Gegenwärtig wird über ein bilaterales Freihandelsabkommen mit der EU diskutiert.

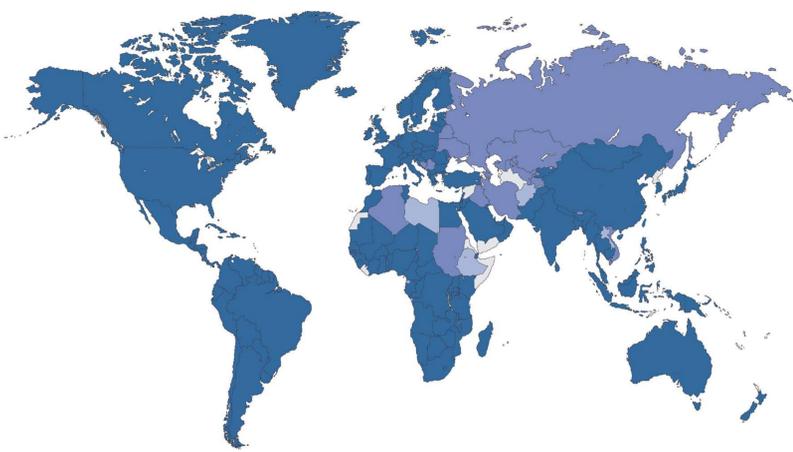
Folgen für die GemüseproduzentInnen:

- Der Wettbewerbsdruck steigt. Schweizer ProduzentInnen können ihre Produktionskosten nicht auf EU-Niveau senken. Lohnkosten und Bodenpreise sind höher, ökologische Anforderungen strenger.

- Verluste durch sinkende Einnahmen sind grösser als Einsparungen durch Import von billigeren Maschinen, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln.



## WTO – wohin?



Weltkarte der WTO-Mitglieder mit Sitz in Genf. 149 Mitglieder (Stand Dez. 2005)

- WTO – Mitglieder
- Beobachterstatus, aktiv in Verhandlungen (2006)
- Beobachterstatus, derzeit keine Verhandlungen
- kein offizieller Kontakt zur WTO

### 2002: Die Doha-Runde der WTO

Ende 2004 hätten die Verhandlungen über den Handel mit landwirtschaftlichen Gütern abgeschlossen werden sollen. Dabei sollten die Anliegen der Südländer im Handel stärker integriert werden. Grosse Interessengegensätze prägen die sogenannte „Entwicklungs-Runde“. 2003 kommt es zum Verhandlungsstillstand in Cancún.

2005 wird in Hongkong ein Kompromiss erzielt: Exportsubventionen sollen in Industrieländern bis 2013 abgebaut werden. Arme Staaten sollen für 97% ihrer Produkte bis 2008 einen weitgehend zoll- und quotenfreien Zugang zum Weltmarkt erhalten.

### Abbruch der Doha-Runde

Bis Ende April 2006 kann die neu gesetzte Frist für den Abschluss der Doha-Runde nicht realisiert werden. Im Juli 2006 werden die Gespräche mangels Kompromissbereitschaft abgebrochen und auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Die EU und die USA machen sich gegenseitig für das Scheitern verantwortlich. Bilaterale Verträge bieten eine Ersatzlösung. Die Gefahr ist gross, dass dabei das jeweils stärkere Land die Regeln bestimmt.

### Gegensätzliche Interessen

#### Exportsubventionen:

Mit Exportsubventionen werden Überschüsse der landwirtschaftlichen Produktion finanziert. Diese gelangen zu tiefen Preisen auf den Weltmarkt, was zu künstlich niedrigen Preisen, sogenannten Dumpingpreisen, führt: Produkte aus Südländern sind nicht mehr konkurrenzfähig, lokale ProduzentInnen verlieren Absatzmöglichkeiten. Südländer fordern den Abbau von Exportsubventionen, um die Zerstörung ihrer Märkte zu verhindern.

#### Marktzugang:

Exportorientierte Länder (z.B. USA), darunter einige Schwellenländer (z.B. Brasilien), alle mit einer industrialisierten Landwirtschaft, fordern weitgehende Zollsenkungen und eine radikale Öffnung der Märkte. Eher binnenmarktorientierte Länder (z.B. Schweiz, Südländer) wollen ihre Märkte nur zögerlich zugunsten des Freihandels öffnen.

Südländer weisen heute im Vergleich zu Industrieländern einen viel geringeren Einfuhrschutz auf.



# Zuckerwirtschaft im Umbruch

## Zucker aus Zuckerrüben

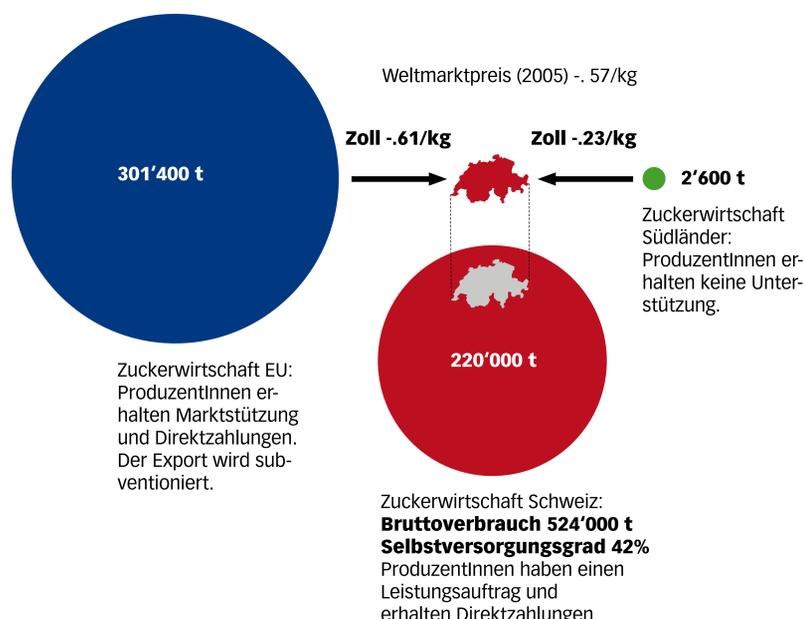
Im Norden wird der Zucker aus der Zuckerrübe gewonnen. Ökologisch ist die Zuckerrübe in der Fruchtfolge und für die Sauerstoffproduktion sehr wertvoll.

## Der geschützte Schweizer Zuckermarkt

Die Zuckerrübe ist heute dank Zollschutz eine der einträglichsten Ackerfrüchte:

- Die Zuckerwirtschaft macht 300 Mio. Franken Umsatz und bietet insgesamt etwa 3000 Arbeitsplätze.
- Für rund 7000 RübenpflanzerInnen macht der Anbau etwa 20% des Einkommens aus.

Beim Import von Weisszucker werden Zölle auf den jeweiligen Weltmarktpreis aufgeschlagen.



## Interne Stützungsmaßnahmen (2005)

Der Bund unterstützt die Zuckerwirtschaft mit Direktzahlungen für ökologische Leistungen sowie durch den Leistungsauftrag mit insgesamt rund 57 Mio. Franken.

Für die gesamte Landwirtschaft betragen die Ausgaben rund 3 Mrd. Franken. Die Zuckerwirtschaft macht 1,9% der landwirtschaftlichen Ausgaben aus.

## Europäische Zuckermarktreform und Agrarpolitik 2011

- Seit dem 1. Juli 2006 hat die EU eine neue Zuckermarktordnung. Kernelement ist die Senkung des Zuckerpreises und damit des Rübenentgelts um 40% bis 2009.

Der Schweizer Zuckerpreis ist durch die Bilateralen Verträge II an den EU-Preis gebunden: Damit sinkt der Preis für 100 kg von rund CHF 100.- auf CHF 60.- Teilweise wird dieser Verlust mit Direktzahlungen kompensiert.

- Agrarpolitik 2011: Der Leistungsauftrag soll gestrichen und die Hälfte davon zu den Direktzahlungen umgelagert werden.

Mit den reduzierten Entschädigungen des Bundes wird der Rübenanbau ab 2009 unattraktiv. Der Fortbestand der Schweizer Zuckerwirtschaft ist gefährdet. Der totale Zusammenbruch hätte weitreichende Folgen:

- Die Versorgungssicherheit mit qualitativ hochwertigem Zucker, der z.B. für die Schokoladenproduktion unerlässlich ist, ist gefährdet.

- Die Arbeitsplätze für ProduzentInnen und Beschäftigte in der Zuckerwirtschaft verschwinden.

- Rund 250 Mrd. Franken Wertschöpfung durch die Zuckerindustrie gehen verloren.

- Der ökologisch sinnvolle Kreislauf der Fruchtfolge ist nicht gewährleistet.

- Durch verlängerte Transportwege beim Import entstehen mehr Emissionen.



## Brasilien – bitterer Zucker

### Zucker aus Zuckerrohr

Im Süden wird Zucker aus Zuckerrohr gewonnen. Heute werden 75% der weltweiten Produktion aus Zuckerrohr hergestellt. Zum Beispiel in Brasilien:

### Das Land der Superlative

Brasilien ist weltweit führender Produzent und Exporteur von Zucker. 2005 wurden 42 Mio. Tonnen produziert und 16 Mio. Tonnen exportiert. Der Exportanteil deckt 39% des weltweiten Volumens ab.

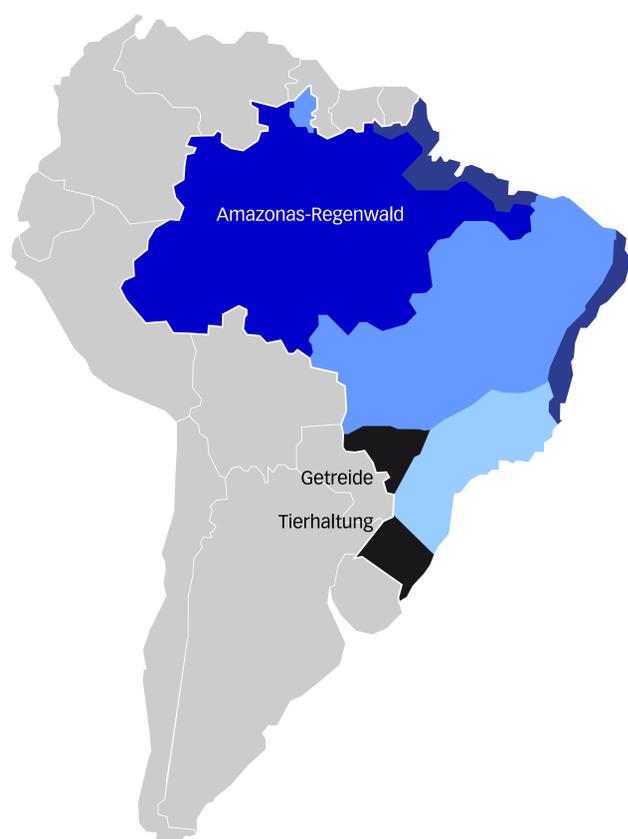
Die Produktionskosten sind weltweit die tiefsten. Die Herstellung von 1 Tonne Zucker kostet in Brasilien 170 US\$, in Afrika 250 US\$.

### Die soziale Situation

Von 185 Mio. EinwohnerInnen sind 44 Mio. (24%) permanent unterernährt.

10% der GrundbesitzerInnen verfügen über 80% der landwirtschaftlich genutzten Fläche. 5 Mio. Bauernfamilien gelten als landlos.

### Schrittweise wird die Anbaufläche von 13 Mio. ha verdoppelt



### Klage bei der WTO zur Förderung des freien Handels

Nach der Klage Brasiliens (zusammen mit Australien und Thailand) musste die EU ihre Zuckermarktordnung reformieren und Exportsubventionen abbauen. Brasilien erhofft sich dadurch, mehr Zucker in den Norden exportieren zu können. Die Gewinner sind Grossgrundbesitzer oder transnationale Unternehmen. VerliererInnen sind die KleinbäuerInnen.



■ **Im Nordosten** wird die Zuckerwirtschaft in der ärmsten Region wiederbelebt.

Dies bedeutet:

- Verdrängung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft mit diversifiziertem Anbau
- Wachstum der Armut durch sklavenähnliche Arbeitsbedingungen

■ **Im Mittelwesten** wird die Anbaufläche im Tropenwald ausgeweitet.

Dies bedeutet:

- Abholzung des Tropenwaldes
- Verseuchung durch Pestizide

■ **Im Süden** wird die Mechanisierung verstärkt und die Monokultur ausgeweitet.

Dies bedeutet:

- Zerstörung der Artenvielfalt und Austrocknung des Bodens
- Zuwachs von Arbeitslosigkeit und Landflucht

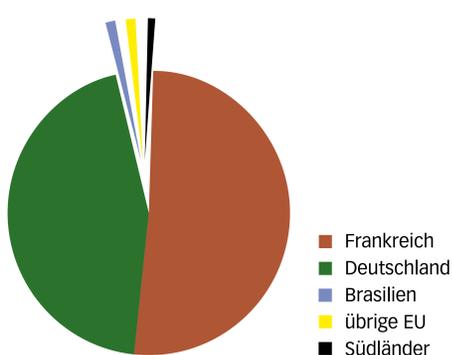
## Süsse Fairness

### Kaum Importe aus Südländern

Weisszucker wird hauptsächlich aus der EU importiert (2005: 301'400t).

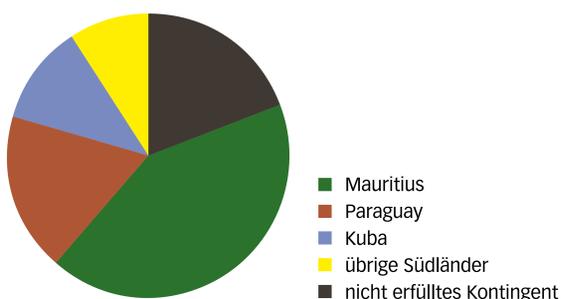
Aus Südländern wurden 2005 trotz tieferen Zöllen lediglich 2'600t importiert. Von den ärmsten Südländern allein aus Malawi (43t).

### Weisszuckerimport total: 304'000t



Obwohl die Schweiz Südländern zollfrei ein Import-Kontingent von 7'000t Rohzucker gewährt, wurden 2005 lediglich 5'770t eingeführt. Von den ärmsten Südländern wird nur aus Uganda importiert (42kg für CHF 60.-).

### Rohzuckerimport total: 5'770t



### Zollfreier Import aus bevorzugten Südländern – z.B. aus Mosambik

Mosambik gehört mit einer Armutsrate von 54% zu den ärmsten Ländern der Welt. Es ist Schwerpunktland der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Sie fördert prioritär die ökonomische Entwicklung. Die Eigenbedarfsproduktion soll mit einer nachhaltigen Exportproduktion ergänzt werden. Zum Beispiel mit Zucker:

- Die Zuckerproduktion wurde seit 1996 verdoppelt (2005: 400'000t).
- Die Exportmenge ist zunehmend (2004: 43'000t) und seit 2003 wird auch Weisszucker exportiert (2003: 18'500t, 2004: 3'600t).

Die Zuckerindustrie bietet heute 27'000 Menschen ein Einkommen und ist damit grösste Arbeitgeberin des Landes. Für einige Arbeiterfamilien wurden Unterkünfte sowie eine Schule und eine Klinik gebaut.

Die Schweiz importiert kein Kilo Zucker aus Mosambik.

### Entwicklungspolitische Schritte

Die Schweizer Zuckerwirtschaft soll vermehrt durch Import von fair produziertem Zucker aus ausgewählten Südländern ergänzt werden können (Präferenzquoten). Dazu braucht es im Süden:

- Unterstützung von lokalen ProduzentInnen, damit sie Zugang zu den Märkten haben und Gewinne breit gestreut werden können.
- Hilfe beim Aufbau von Zuckerraffinerien, damit Weisszucker hergestellt werden kann, der die Qualitätsanforderungen der Schweizer Verarbeitungsindustrie erfüllt.

### Alternativen zur Exportproduktion

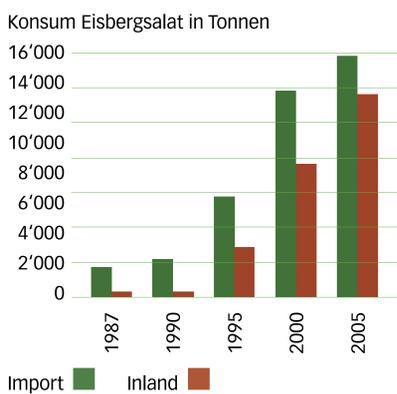
Marktöffnung und Exportmöglichkeiten allein reichen nicht, damit sich die Situation in Südländern verbessert. Neben Import-Präferenzquoten braucht es gerechte Produktionsbedingungen und eine eigene Verarbeitungsindustrie. Alternativ zum Nord-Süd-Handel soll der Süd-Süd-Handel gefördert werden. Die Nahrungssicherheit eines Landes hat Vorrang. Es darf keine Abhängigkeit von der Exportproduktion entstehen.



# Schnell, billig und zu jeder Zeit

## Schnell

Trotz höherem Preisniveau leisten sich KonsumentInnen immer mehr Convenience- und Fast Food-Produkte.

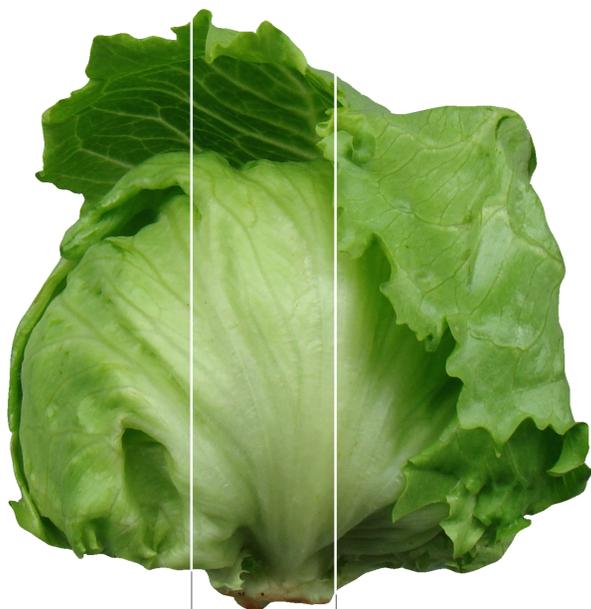


In der Gastronomie, bei Convenience-Produkten und in der Fast Food-Industrie ist der Eisbergsalat beliebt:

- Er ist robust, haltbar und schnell zubereitet
- Nach der Vermischung mit dem Dressing bleibt er lange knackig.

GemüseproduzentInnen passen ihre Produktion diesem Trend an, obwohl sie mit Kopfsalat mehr verdienen würden.

Anteil am Konsumentenfranken beim Eisbergsalat  
Verkaufspreis CHF 4.-/kg davon erhält durchschnittlich:



ProduzentInnen  
CHF 1.39 = 34 %

Handel  
CHF 1.- = 25 %

Detaillist  
CHF 1.70 = 41 %  
Davon CHF -.70 = 16%  
Verpackungskosten

## Billig

Die „Geiz-ist-geil“-Mentalität unserer Gesellschaft und der Abbau des Einfuhrschutzes üben einen enormen Druck auf die GemüseproduzentInnen aus. Je mehr die Preise sinken, desto billiger müssen sie produzieren können, um noch konkurrenzfähig zu sein. Tiefe Produktpreise gehen auf Kosten von Ökologie, Qualität, ArbeiterInnenlöhnen und Einkommen der ProduzentInnen mit dem Risiko einer Verschuldung.

Ausgaben Haushaltsbudget für Lebensmitteleinkäufe



## Zu jeder Zeit

Das vielfältige Gemüseangebot durchs Jahr ist nicht mehr nur durch den Rhythmus der Natur bestimmt. Die ProduzentInnen müssen sich der Konkurrenz am Markt anpassen. Je früher sie ihre Produkte auf den Markt bringen, desto besser ist ihr Erlös.

„Man kann die Situation mit jener an der Börse vergleichen. Die Nachfrage ändert von Woche zu Woche oder sogar von Tag zu Tag. Der Markt ist sehr schnelllebig.“ (S. J.)

## Almería – Gemüse aus dem Plastikmeer

### Situation in Almería

Das vom Mond aus sichtbare „Mar del Plástico“ ist weltweit die grösste Konzentration von Intensivkulturen unter Plastik: 35'000 ha Gewächshäuser. Dies ist etwa 5x die Fläche des Seelands und 2,5x die Fläche des gesamten schweizerischen Gemüseanbaus (rund 14'000 ha).

### Ausbeutung von Arbeitskräften

Etwa 80'000 Menschen aus Marokko, Schwarzafrika, Lateinamerika und Osteuropa arbeiten in den Plantagen. Rund die Hälfte davon sind Sans-Papiers. Ihre Arbeitsbedingungen sind schlecht:

- 2 bis 3,5 Euro Stundenlohn bei Temperaturen von bis zu 50° Celsius
- Unterbringung in Verschlagen aus Holz und Plastik, ohne Trinkwasser, Toiletten oder Elektrizität
- Gesundheitsschädigendes Umfeld durch grossen Pestizideinsatz (pro ha Tomaten werden durchschnittlich 40 kg Pestizide eingesetzt)

### Umweltzerstörung

Um Wassergemüse (Tomaten, Gurken, Zucchini) zu produzieren, werden im trockenen Almería enorme Mengen Grundwasser verbraucht.

### Abhängigkeit

Die lokale Wirtschaft ist von diesem auf den Export ausgerichteten Produktionsmodell abhängig.

### Tomatenimport der Schweiz im Jahr 2005:

Aus Marokko:	11'678 t
Aus Spanien:	9'217 t
Aus Italien:	6'354 t



## Seeland – globalisierte Gemüseproduktion

### Überlebensstrategien

Um in Zukunft konkurrenzfähig zu sein, haben GemüseproduzentInnen zwei Möglichkeiten:

#### Produktionskosten senken:

- Rationalisierung durch Vergrößerung der bewirtschafteten Fläche
- Intensivierung des Anbaus durch Gewächshäuser
- Spezialisierung auf wenige Produkte

#### Zusätzliche Einkommensquellen suchen:

- Nebenerwerb
- Direktverkauf
- Diversifizierung ihres Angebots (z.B. Ferien auf dem Bauernhof)
- Veredelung ihrer Produkte (z.B. Sauerkraut, Suppengemüse, Mischsalat)

Beide Möglichkeiten verursachen grössere Investitionskosten, höheren Zeitaufwand und höheres Risiko.

### Auswirkungen auf Lebensqualität

**Selbstverständnis:** Die GemüseproduzentInnen verstehen sich als UnternehmerInnen. Der Faktor „Umwelt“ ist Unternehmerrisiko. *„Es ist nicht mehr so, dass man eigentlich ein richtiger Bauer ist. Einer, der Zeit hat zu schauen, wie etwas wächst. Er ist wirklich knallharter Unternehmer. Wenn er es nicht schon geworden ist, gibt es ihn nicht mehr.“ (B.N.)*

**Konkurrenzdruck:** Die ProduzentInnen müssen mithalten und den Markt mit gefragten Produkten beliefern. Hektik und Unsicherheit bestimmen ihren Alltag.

*„Der Konkurrenzdruck hat negative Auswirkungen auf das soziale Umfeld der Dorfgemeinschaft. Der Nachbar wird zum Konkurrenten, der um Marktanteile kämpft. Nachbarschaftliche Hilfe ist keine Selbstverständlichkeit mehr.“ (E.J.)*

**Ohnmacht:** GemüseproduzentInnen im Seeland fühlen sich ausgeliefert. Sie können nie sicher sein, ob ihre Tomaten, Karotten, Eisbergsalate in den nächsten Tagen oder Wochen überhaupt noch gefragt sind.

*„Früher waren wir noch jemand, waren andere noch auf uns angewiesen. Und jetzt heisst es einfach: Wenn ihr nicht spurt und macht, seid ihr weg.“ (E.J.)*



## Seeland 2015

### Szenarium 1: Seeland als See

Wollen Sie das Seeland als See, wo kein Gemüse mehr produziert wird?

Einheimisches Gemüse ist zu teuer, wir importieren alles. Dies bedeutet:

- Keine Ernährungssouveränität, totale Abhängigkeit vom Ausland
- Verlust des Einflusses auf Qualität und Produktion, z.B. bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln
- Verlust von Arbeitsplätzen



### Szenarium 2: Seeland als Glashaus

Wollen Sie das Seeland als Glashaus mit einer technologisierten Produktion?

Die Schweiz konkurriert mit Billiglohnländern mit geringeren sozialen und ökologischen Anforderungen. Dies bedeutet:

- Sinkende Löhne und regelmässiger Austausch mit billigeren Saisonarbeitskräften
- Verschwinden der ökologischen und nachhaltigen Produktion
- Rückgang der Artenvielfalt und Zunahme der Bodenerosion
- Verlust der Attraktivität als Naherholungsgebiet



### Szenarium 3: Seeland als Gemüsegarten

Wollen Sie das Seeland als Gemüsegarten erhalten?

Es existiert ein Gleichgewicht zwischen wettbewerbsstarker Wirtschaft, sozialer Fairness und ökologischer Verantwortung.

Dies bedeutet:

- Produktion und Absatz von qualitativ hochwertigen, ökologischen Produkten
- Abgeltung der Leistungen der multifunktionalen Landwirtschaft an die Gesellschaft
- Beibehaltung der eigenständigen Agrarpolitik



## Wir haben die Wahl

### Konsumentinnen und Konsumenten

- Konsumieren Sie umweltbewusst. Wählen Sie saisonales Gemüse aus regionalem Anbau, das bei gerechter Entlohnung nachhaltig produziert wurde (z.B. aus der Region, Bio).
- Unterstützen Sie faire Produktionsweisen und fairen Handel. Kaufen Sie Rohrzucker aus fairem Handel (z.B. Max Havelaar, claro).

### Produzentinnen und Produzenten

- Suchen Sie intensive partnerschaftliche Beziehungen zu KonsumentInnen und Detailhandel und kommunizieren Sie die saisonale Verfügbarkeit.
- Suchen Sie Ausbaumöglichkeiten in der Direktvermarktung, bei der Nischenproduktion (z.B. aus der Region, Pro Specie Rara), bei der Produktion von Spezialitäten (schafft Unentbehrlichkeit) sowie bei der Veredelung von Produkten (z.B. Sauerkraut, Mischsalat).

### Politikerinnen und Politiker

- Erhalten Sie die kleinbetriebliche multifunktionale Schweizer Landwirtschaft und entrichten Sie weiterhin Direktzahlungen im bisherigen Umfang.
- Bauen Sie den seit 1997 bestehenden freien Marktzugang für bestimmte Agrarprodukte (Baumwolle, Kaffee und Zucker) für ärmste Länder aus.
- Fördern Sie ökologische und soziale Produktionsweisen und fairen Handel.

### Der Bundesrat

Der Bundesrat muss beim internationalen Handel (bei multilateralen Abkommen wie der WTO sowie bei bilateralen Verträgen) folgende Regeln durchsetzen:

- Die Handelsregeln müssen transparent und fair sein. Für die verschiedenen Länder muss es differenzierte Regulierungsmöglichkeiten mit unterschiedlichen Standards geben. Interessen der Südländer müssen besser berücksichtigt werden und exportorientierte Länder müssen Zugeständnisse machen.
- Die Ernährungssouveränität der einzelnen Länder muss akzeptiert werden. Dazu nötige Schutzzölle sollen ein souveräner politischer Entscheid sein können.
- Frischprodukte und Grundnahrungsmittel sollen aus der WTO-Regelung ausgenommen werden.
- Exportsubventionen und Überschussproduktion von klassischen Südprodukten in Industrieländern (z.B. Zucker, Baumwolle, Reis) werden abgebaut.
- Auf Energieverbrauch und Transportemissionen muss weltweit eine Ökosteuer erhoben werden.

